

Bundesinnenminister
Manfred Kanther:

Der Verfassungsschutz leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Sicherung unseres demokratischen Gemeinwesens

- Vorlage des
Verfassungsschutzberichts 1993
am 14. April 1994

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1993, den ich Ihnen heute vorstelle, zeigt insgesamt

- **daß weiterhin extremistische Kräfte unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bedrohen und den Rechtsfrieden massiv stören**
- **daß es der Bundesregierung mit ihren Sicherheitsbehörden jedoch gelungen ist, durch konsequentes entschlossenes Handeln zusammen mit den Ländern und der Justiz diese Bedrohungen einzudämmen.**

Dieser Weg muß konsequent weiter beschritten werden:

I. Rechtsextremismus

Das gilt derzeit vor allem für die Gefahr, die von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen ausgeht.

1. Abnehmende Zahl an Gewalttaten

1993 wurden

1 609 fremdenfeindliche Gewalttaten

72 antisemitische Gewalttaten

157 Gewalttaten gegen politische Gegner

394 Gewalttaten gegen andere Personenkreise (wie Behinderte, Obdachlose, Prostituierte, Homosexuelle)

verübt, insgesamt also 2.232.

Gegenüber 1992 bedeutet das ein Minus von rund 15 Prozent.

2. Erfolgreiche Bekämpfung der Gewaltbereitschaft

Zu diesem wichtigen Erfolg haben vielgestaltige Initiativen und Maßnahmen beigetragen:

- Breit angelegte Aufklärungskampagnen
- Konsequente Strafverfolgungsmaßnahmen
- Organisationsverbote
- Beschlagnahmeaktionen

3. Fortdauernde rechtsextremistische Aktivitäten und informationelle Vernetzung

Gleichwohl bleibt der Rechtsextremismus und die von ihm angeheizte Fremdenfeindlichkeit bedrohlich. DVU und NPD mit einem Mitgliederpotential von mehr als 31.000, aber auch die Republikaner mit ihren ca. 23.000 Anhängern, die seit Dezember 1992 ebenfalls Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes sind, stellen hier die größten Gruppen. Ihre Beobachtung wird — auch nach jüngsten Gerichtsentscheidungen und öffentlichen Vorkommnissen — verstärkt. Besonders gefährlich sind die über 2.000 Neonazis und 5.000 bis 6.000 Gruppenzusammenhänge, vor allem in der Skinheadszene. Trotz Vereinsverbotes und Verbotsanträgen versuchen Funktionäre, ihre politische Betätigung fortzusetzen.

Durch informationelle Vernetzung will die rechts-extremistische Szene mehr Zusammenhalt gewinnen. Info-Telefone und Mailbox-Systeme sind gängige Instrumente vor allem beim Vorgehen gegen politische Gegner, die die Antifaschismus-Kampagne betreiben, und bei der Planung und Durchführung organisationsübergreifender Demonstrationen und Veranstaltungen.

4. Notwendigkeit weiterer Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus

Deshalb müssen die gegen den Rechtsextremismus eingeleiteten präventiven und repressiven Maßnahmen konsequent fortgesetzt und intensiviert werden:

- **Wirksame Überwachung der Organisationsverbote und Unterbindung der informationellen Vernetzung.**

● **Einschreiten gegen „Revisionismus“-Kampagnen:**

Vorrangig aufzuklären sind weiterhin antisemitische Bestrebungen, vor allem die Hintergründe von Gewalttaten und sonstigen Gesetzesverletzungen mit antisemitischer Zielrichtung, ebenso wie die Beobachtung und Bekämpfung der seit Jahren von Rechtsextremisten forcierten „Revisionismus“-Kampagne (also die Leugnung oder Verharmlosung der Untaten des Dritten Reiches). Diese Notwendigkeit hat der verabscheuungswürdige, aber noch nicht aufgeklärte Brandanschlag auf die jüdische Synagoge in Lübeck im letzten Monat besonders deutlich gemacht.

● **Fortführung der konsequenten Strafverfolgungsmaßnahmen:**

Fortgesetzt werden muß auch eine möglichst lückenlose Beschlagnahme volksverhetzender und neonazistischer Schriften, wie Fanzine und rassistischer Liedtexte.

● **Eindämmung der Einfuhr rechtsextremistischen Propagandamaterials**

● **Absage der Wähler an Extremismus.**

II. Linksextremismus

In der linksextremistischen Szene haben sich 1993 keine herausragenden Veränderungen ergeben.

1. RAF

Die Spaltung innerhalb der RAF — zwischen den in der Illegalität lebenden Terroristen und einem Teil der Häftlinge einerseits und „hardlinern“ in der Häftlingsszene andererseits — hat sich weiter vertieft. Dies bedeutet aber nicht das Ende von Terroraktionen. Beide Lager geben sich gleichermaßen versöhnlich gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Durchführung von Anschlägen scheint die RAF nach ihrer jüngsten Erklärung vom 6. März 1994 von der weiteren Entwicklung im gesamten linksextremistischen Spektrum abhängig zu machen.

Aus dem RAF-Umfeld heraus ist mit der Entwicklung neuer terroristischer Formierungen zu rechnen. So haben Mitglieder einer „Antiimperialistischen Widerstandszelle“, die sich auf Positionen der RAF bezogen, die Fortsetzung ihrer terroristischen Aktivitäten angekündigt und andere Gruppierungen aus der autonomen/antiimperialistischen Szene zur Beteiligung aufgefordert.

2. autonome/anarchistische Szene

Ein weiterer Schwerpunkt bleibt die Beobachtung der gewaltbereiten autonomen/anarchistischen Szene. Wesentliche Ansatzpunkte für deren Militanz sind derzeit die Themen „Antifaschismus/Antirassismus“ und städtebauliche „Umstrukturierung“. Der Zulauf zu diesen Gruppierungen hielt an. Sie propagieren stärkere Vernetzung und Organisierung. Auf Dauer angelegte Zusammenschlüsse entwickelten sich vor allem im sog. „Antifa“-Kampf und im Kampf gegen die sog. städtebauliche Umstrukturierung. Letzterer konzentriert sich auf Berlin, vor allem auf den Stadtteil Kreuzberg. Militante Gruppen bedrohen dort Geschäftsinhaber mit Sprüchen, wie „der einzige Platz für Mittelklasseschmarotzer liegt zwischen Mündungsfeuer und Einschuß“, und toben ihre Zerstörungswut mit Sprengstoffanschlägen und Brandanschlägen vor allem gegen hochwertige Kraftfahrzeuge aus. Insgesamt ging auf das Konto solcher gewalttätiger Gruppen 1993 die Mehrzahl der erneut angestiegenen Gesamtzahl von Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund. Die Zahl dieser Gewalttaten stieg von 980 im Jahr 1992 auf 1.085 im Jahr 1993. Wie im Jahr 1992 kam es auch 1993 zu einem Tötungsdelikt. Gestiegen ist die Zahl der Schußwaffenanschläge. Deutlich zugenommen (von 5 auf 17) hat die Zahl der Sprengstoffanschläge.

3. Links gegen Rechts

Auch eine Folge der sog. Antifa- und Anti-Antifa-Kampagnen sind die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten, die auch 1993 eskalierten. 337 militante Aktionen von Links gegen Rechts und 120 Angriffe in umgekehrter Richtung wurden im vergangenen Jahr registriert.

4. Marxisten-Leninisten

Revolutionäre Marxisten und orthodoxe Kommunisten treiben ihr Unwesen in den alten wie in den neuen Ländern. Die DKP und ihr verbliebener Bündnisapparat versuchen, trotz Mitgliederschwund (Ende 1993: 6.000 Mitglieder) und Überalterung weiterhin die Lehren des Kommunismus zu propagieren und diffamieren unseren Staat als faschistisch. Die SED-Nachfolgepartei PDS stützt sich auf eine kommunistische Plattform von bis zu 5.000 Mitgliedern und will auch „autonome Gruppen“ nicht allein lassen“. Zu beobachten sind schließlich extremistische oder sicherheitsgefährdende Bestrebungen unter ehemaligen Mitarbeitern des MfS der früheren DDR.

5. Potential des Linksextremismus

Insgesamt haben wir es im Bereich des organisierten Linksextremismus mit fast 29.000 Mitgliedern in Kern- und Nebenorganisationen sowie weiteren 12.000 Personen in linksextremistisch beeinflussten Gruppen zu tun. Die mehreren tausend Anhänger der „Kommunistischen Plattform“ der PDS kommen hinzu. Anarchisten und Sozialrevolutionäre sind 6.700 Personen, mehr als 5.000 davon gewaltbereite Autonome, die zudem in der Lage sind, die mehreren tausend Szenezugehörigen zu mobilisieren.

6. Bekämpfung des Linksextremismus

Trotz der Bedrohung durch den Rechtsextremismus dürfen wir die Bekämpfung des langfristig ebenso bedrohlichen Linksextremismus nicht vernachlässigen.

III. Ausländerextremismus

1. Zahlenbild

Im Ausländerextremismus stieg die Zahl der Linksextremisten auf 13.550 (1992: 11.450) und die Zahl der islamischen Extremisten auf 21.200 (1992: 19.900). Gesunken ist die Zahl der Extremnationalisten auf 4.200 (1992:

8.450). Gewalttätigkeiten forderten 5 Todesopfer, insgesamt stieg die Zahl der eindeutig zuzuordnenden Gewalttaten hier auf 195 (1992: 141). Die Zahl aller von den Polizeien der Länder festgestellten politisch motivierten Straftaten stieg auf 1 402 (1992: 1 009).

2. PKK

Unter den verfassungsfeindlichen Bestrebungen von Ausländervereinigungen ragen seit 1993 ganz besonders die gewalttätigen Aktionen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hervor.

Die gewalttätigen Ausschreitungen durch Kurden im vergangenen Monat mit brutalen Angriffen auf Polizeibeamte, Inbrandsetzung von Bahnwaggons und stundenlangen Autobahnblockaden im ganzen Bundesgebiet haben in erschreckender Weise das gewaltbereite Potential unter den Anhängern der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und ihrer Teil- und Nebenorganisationen aufgezeigt. Sie haben auch gezeigt, wie richtig das Verbot dieser linksextremistischen Gruppierung, das ich am 26. November 1993 ausgesprochen habe, war und wie notwendig eine konsequente Vollziehung des Verbotes ist. Dementsprechend müssen weiterhin Ersatzorganisationen aufgelöst, Zuwiderhandlungen gegen das Verbot bestraft, Organisationssymbole und Schriften beschlagnahmt werden. Darüber hinaus müssen alle brutalen Gewalttäter nicht nur bestraft, sondern auch — unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Ausländerrechts — schnellstmöglich ausgewiesen und abgeschoben werden. Wer in so grober Weise gegen das Gastrecht verstößt, muß Deutschland unverzüglich verlassen.

3. Erpressung von Spendengeldern und Verfolgung abtrünniger Mitglieder

Zur Durchsetzung ihrer Ziele übte die PKK Druck auf kurdische Mitbürger aus, sich ihr anzuschließen. Seit Ende 1993 mehren sich die konkreten Hinweise, wonach Anhänger der PKK in die gewaltsame Erpressung von Spendengeldern verwickelt sind.

Unter anderem wegen Verfolgung politisch Andersdenkender ergingen im Januar und März 1994 Urteile gegen ehemalige PKK-Aktivisten, 3 wurden mit lebenslanger Haft, 2 mit hohen Freiheitsstrafen bestraft. Kurdische Mitbürger haben durch die nachhaltigen Exekutivmaßnahmen bessere Möglichkeiten, sich vom Druck der PKK zu lösen.

4. Appelle an die Kurden

Ich appelliere bei dieser Gelegenheit erneut an die rechtstreuen Kurden und Türken in unserem Land — und das ist die weit überwiegende Mehrheit —, sich von derartigen Gewalttätern zu distanzieren. Das friedliche Miteinander in Deutschland darf nicht von einer extremistischen Minderheit gefährdet werden. Die PKK vertritt nicht das wohlverstandene Interesse der Kurden, die frei und friedlich in Deutschland leben, arbeiten und ihr kulturelles Erbe pflegen wollen.

5. Türkischer Linksextremismus

Im Bereich des türkischen Linksextremismus ist ein Ende der gewaltsam ausgetragenen Flügelkämpfe innerhalb der — seit 1983 in Deutschland verbotenen — linksextremistischen türkischen Organisation „Devrimci Sol“ (Revolutionäre Linke) noch nicht absehbar.

Die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Ermordung eines Mitglieds der „Türkischen Kommunistischen Partei/ Marxisten-Leninisten“ (TKP/M-L) am 13. Dezember 1993 dauern an. Die TKP/M-L hatte sich der Tat bezichtigt und dem Opfer vorgeworfen, für die Festnahme mehrerer Parteimitglieder in der Türkei verantwortlich zu sein.

6. Auswirkungen des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien

Sorgfältig beobachtet werden müssen auch die Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina auf die hiesige Extremistenszene sowie eine Reihe von auch in Deutschland vertretenen

Palästinensergruppen, die sich vehement gegen das „Gaza-Jericho-Teilautonomieabkommen“ und die Verhandlungen zwischen Israel und der PLO aussprechen.

IV. Spionagebekämpfung

1. Russische Nachrichtendienste

Erkenntnisse des Verfassungsschutzes ebenso wie öffentliche Äußerungen von Vertretern russischer Nachrichtendienste haben gezeigt, daß sowohl der zivile wie der militärische Nachrichtendienst Rußlands 1993 aktiv war und auch weiterhin Spionage betreiben wird, auch wenn eine wichtige Basis — die Westgruppe der russischen Armee — nicht mehr zur Verfügung stehen wird. An die Stelle militärischer tritt kommerzielle Tarnung. Auslandsniederlassungen und gemischte Firmen bilden ein neues Standbein der Nachrichtendienste. Ihre Methoden sind weniger aggressiv, lautloser, aber damit nicht leichter aufklärbar geworden.

2. Nachrichtendienste von Staaten des Nahen Ostens

Zu den klassischen Bereichen der Spionageabwehr sind in letzter Zeit neue Schwerpunkte hinzugekommen. Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Aktivitäten der Nachrichtendienste aus Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, da sich diese Dienste in der Bundesrepublik Deutschland intensiv um die Beschaffung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Informationen bemühen. Eine immer wichtiger werdende Aufgabe stellt die Aufklärung des nachrichtendienstlich gesteuerten illegalen Technologietransfers dar.

3. Spionagebekämpfung

Methoden der Spionagebekämpfung sind — wenn sie wirksam sein sollen — sicher nicht für eine öffentliche Erörterung geeignet. Nur so viel lassen Sie mich sagen:

- Die nachrichtendienstlich nahezu abgeschlossene Aufarbeitung der Agententätigkeit der Dienste der ehemaligen DDR dient auch dazu, russischen Nachrichtendiensten aus der früheren Zusammenarbeit mit dem MfS bekannte Anlaufstellen zu nehmen.
- Und die beste und wirksamste Prävention gegen Wirtschaftsspionage bildet über das in diesen Tagen in Kraft getretene Sicherheitsüberprüfungsgesetz hinaus die Sensibilisierung unserer Wirtschaft. Ihr entsteht der größte Schaden, wenn sie sich nicht gegen illegale Ausforschungen hinreichend schützt.

V. Zusammenfassung

1. Was tut not?

Insgesamt gilt: Kontinuierliche und systematische Sammlung und Auswertung von Informationen in Bund und Ländern sind die Grundlage einer effektiven Bekämpfung von Extremismus und Spionage. Den Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörden gebühren Dank und Anerkennung. Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaates kann aber nicht allein von staatlichen Behörden geleistet werden. Sie ist Aufgabe aller Bürger. Deren Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren und an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und Gegnern der freiheitlichen Demokratie entschlossen entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz. Jeder Bürger soll in die Lage versetzt werden, sich selbst ein Urteil über Strömungen zu bilden, die unseren Rechtsstaat gefährden. Dazu findet er in diesem Bericht einen Überblick über die wichtigen extremistischen Strömungen. Er ist als Orientierungshilfe für die geistig-politische Auseinandersetzung gedacht.

2. Geistig-politische Auseinandersetzung

Diese geistig-politische Auseinandersetzung wird in den Wahlkämpfen dieses Jahres sicher forciert werden. Aber nicht nur da. Ich habe die Fortführung der im vergangenen Jahr unter dem Logo „Fairständnis“ begonnenen Aufklärungskampagne gegen Rechtsextremismus und

Fremdenfeindlichkeit initiiert und hoffe, daß die nächste Innenministerkonferenz sie als eine gemeinsame Aktion des Bundes und der Länder beschließt. In Form von Postern und Anzeigen in Jugendzeitschriften, Schulmaterialien und über ein Computerspiel sollen insbesondere junge Leute über Irrwege des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit weiterhin aufgeklärt werden und müssen jene Werte vermittelt werden, die an die Stelle von Haß Toleranz und an die Stelle von Gewalt Kreativität und eigene Leistungsbereitschaft setzen.

3. Exekutive stärken

Unbelehrbare Agitation und Gewalt müssen freilich konsequent verboten und strafrechtlich verfolgt werden. Damit die Sicherheitsbehörden und die Justiz schnell und schlagkräftig handeln können, sind Verfassungsschutzbehörden, Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften durch Einrichtung von Sonderdezernaten und Personalverstärkung in Schwerpunktbereichen verstärkt worden; so wurde im BKA die zuständige Organisationseinheit nahezu verdreifacht und organisatorisch als Gruppe ausgestaltet, im BfV wurde eine zusätzliche Referatsgruppe zur Bekämpfung gewaltgeneigter rechtsextremistischer Bestrebungen eingerichtet. Weil es wichtig ist, daß Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaften nahtlos zusammenarbeiten, ist auf Anregung des Bundesinnenministers eine Bund/Länder-Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer/terroristischer (insbesondere fremdenfeindlicher) Gewaltakte eingerichtet worden. In dieser IGR werden übergreifende Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt erörtert und Erkenntnisse zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz ausgetauscht. Die IGR veranlaßte insbesondere erfolgreiche bundesweite Exekutivmaßnahmen gegen Skinheadbands und Musikverlage sowie gegen Hersteller und Vertreiber rechtsextremistischer Druckschriften.

4. Gesetzgebung

Wo sich Defizite im notwendigen gesetzlichen Instrumentarium zeigen, müssen solche Lücken geschlossen werden. Rechtsänderungen zur

besseren Bekämpfung des Extremismus und Terrorismus sind im Entwurf des Verbrechensbekämpfungsgesetzes enthalten. Ich erinnere an

- die Ergänzung des § 86 a StGB um die Strafbarkeit von Kennzeichen, die nationalsozialistischen Symbolen ähnlich sind;
- die Erweiterung der Möglichkeiten der Telefonkontrolle zum Aufspüren der Planung von rechtsextremistischen Wehrsportgruppen;
- die Möglichkeit der Nutzung der Aufklärung des Fernmeldeverkehrs mit dem Ausland durch den Bundesnachrichtendienst, um u.a. die Gefahr terroristischer Aktionen aus dem Ausland heraus besser erkennen zu können;
- an die Erleichterung der Voraussetzungen für ein Verbot verfassungswidriger Vereinigungen, insbesondere wenn sie konspirativ vorgehen;
- die Einführung eines politischen Betätigungsverbots gegenüber verfassungswidrigen Vereinigungen.

Notwendig ist überdies, auch die Ausfuhr von Gegenständen mit nationalsozialistischen Symbolen unterbinden und bestrafen zu können.

Unsere Demokratie ist abwehrbereit. Wenn wir die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, die — soweit sich dies nicht wegen des notwendigen Quellenschutzes und aus operativen Gründen verbietet — in diesem Bericht niedergelegt sind, wahrnehmen und nutzen, werden auch in Zukunft Verfassungsfeinde keine Chance haben, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu zerstören.